

Griechenland beantragt Hilfe vom IWF und von der EU

Papandreou: Eine extreme Notwendigkeit / Merkel: Erst müssen Sparpakete fertig sein

hmk./mas./pwe. BRÜSSEL/BERLIN/
WASHINGTON, 23. April. Griechenland hat Finanzhilfe bei den Euro-Ländern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beantragt. In einem drei Zeilen langen Schreiben an die Euro-Gruppe, die Europäische Kommission und die Europäischen Zentralbank (EZB) bat der griechische Finanzminister George Papandreu am Freitag, den Hilfsmechanismus zu aktivieren, auf den sich die Finanzminister der Euro-Staaten vor eineinhalb Wochen geeinigt hatten. Ob die Griechen die gesamte für das erste Jahr vorgesehene Hilfssumme von 30 Milliarden Euro beantragen oder nur einen Teil, war zunächst unklar. Hinzu können bis zu 15 Milliarden Euro vom Internationalen Währungsfonds (IWF) kommen.

Der griechische Premierminister Giorgos Papandreou sagte in einer Fernsehansprache, es sei die Zeit gekommen, den

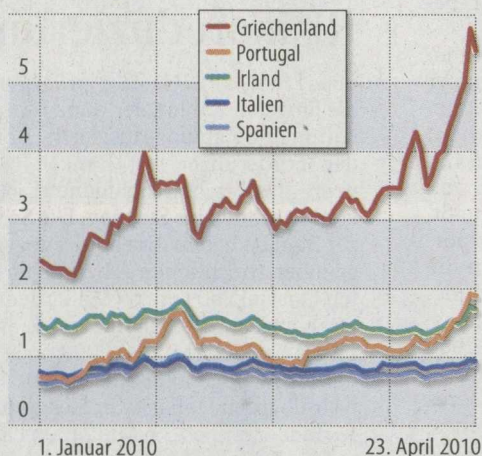
vereinbarten Mechanismus zu aktivieren: „Es ist eine Notwendigkeit, eine extreme Notwendigkeit, eine nationale Notwendigkeit.“ Die Kommission sagte zu, den Antrag schnell zu prüfen. Das sei keine Frage von 24 Stunden, sagte der Sprecher von Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn. Weil Konditionen und Gesamtsumme feststünden und alle Seiten seit mehreren Wochen Tag und Nacht zusammenarbeiteten, werde keine Zeit verschwendet werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte den Abschluss der Verhandlungen über die nächsten Sparpakete in Athen zur Bedingung für die deutsche Hilfe. Das habe sie in einem Telefonat mit dem griechischen Premierminister Papandreou deutlich gemacht. Sobald das Sparprogramm vorliege, müsse es von der Europäischen Zentralbank und vom IWF bewertet werden. Dies sei die Voraussetzung

für Hilfen. Die Stabilität des Euro habe oberste Priorität. Die Verhandlungen benötigten einige Zeit, hob Merkel hervor. Die Bundeskanzlerin wies darauf hin, dass es nicht um direkte Hilfen aus dem Bundeshaushalt geht, sondern um Kredite der staatseigenen KfW Bankengruppe. Die Regeln für den Zins, den die Griechen dafür zahlen müssen, haben die Euro-Finanzminister schon beschlossen. Wie hoch er am Ende genau ist, hängt vom Tag der Initiierung des Mechanismus ab. Zuletzt war von Zinsen in Höhe von ungefähr fünf Prozent die Rede. Merkel sagte den Bundestagsfraktionen rechtzeitige Informationen zu. Bundesbankpräsident Weber sagte, das Problem liege in der Haushaltspolitik einiger EU-Staaten. Er warnte davor, dass die griechischen Schwierigkeiten auf andere Länder der Währungsunion übergreifen könnten. (*Siehe Wirtschaft, Seiten 11 und 12.*)

Griechenland ruft um Hilfe

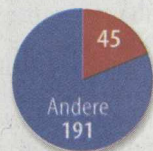
Risikoaufschläge zu Bundesanleihen für Staatsanleihen mit zehn Jahren Laufzeit



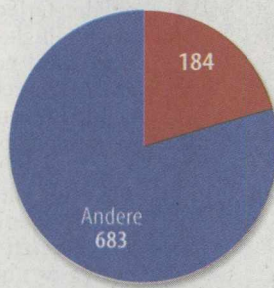
1) Staat, private Haushalte, Unternehmen.

Schulden der bedrängten Euroländer bei ausländischen Banken¹⁾, darunter bei deutschen Banken (▶)

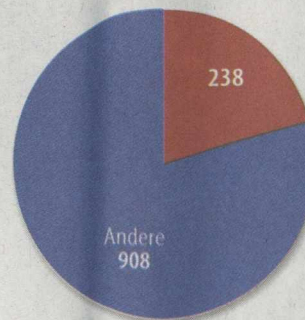
Griechenland
236 Mrd. Dollar



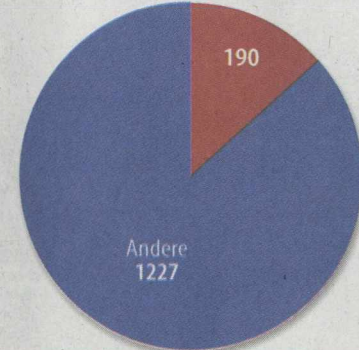
Irland
867 Mrd. Dollar



Spanien
1146 Mrd. Dollar



Italien
1417 Mrd. Dollar



Deutsche Forderungen insgesamt: 704 Mrd. Dollar/Forderungen aller Banken insgesamt: 3951 Mrd. Dollar

Quellen: Bloomberg; Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, April 2010; Stand Dezember 2009/F.A.Z.-Grafik Niebel

Griechenlands Hilferuf verpufft am Markt

Kaum Entlastung für finanzschwache Euro-Länder / Bundesregierung: „Umschuldung ist kein Thema“

ruh./pwe. FRANKFURT/WASHINGTON, 23. April. Die Bitte der griechischen Regierung um finanzielle Hilfe der anderen Euro-Länder hat den Anleihemarkt am Freitag nur für kurze Zeit beruhigt. In einer ersten Reaktion stiegen die Kurse griechischer Anleihen zwar kräftig. Doch schon am Nachmittag schwanden die Kursaufschläge, so dass sich die Rendite zehnjähriger griechischer Anleihen – ein wichtiger Maßstab für die Finanzierungskosten Griechenlands – nur um etwa 0,2 Prozentpunkte verringerte. Griechische Titel rentierten mit 8,6 Prozent, deutsche Bundesanleihen mit knapp 3,1 Prozent.

Die Verringerung dieses Zinsabstands, den man als Risikoprämie verstehen kann, um nur knapp 20 Basispunkte enttäuschte Investoren und Politiker. Zumal die Risikoaufschläge seit März um 250 Basispunkte gestiegen waren. „Da war keine Reaktion der Märkte, entweder weil sie den politischen Willen der Europäischen Union bezweifeln, oder weil sie sich für die Fortführung der Spekulation entschie-

den haben“, beklagte der griechische Premierminister Georgios Papandreou und bezog sich auf frühere Marktreaktionen. Durch den Hilferuf habe sich nichts an dem Risiko einer Umschuldung geändert, kommentierten Frankfurter Anleihehändler. Noch immer drohe, dass die Gläubiger Verzicht leisten müssen, wenn Griechenland seine Schulden nicht bezahlen kann.

Diese Sorge versuchten Bundesregierung und Deutsche Bundesbank zu zerstreuen. „Alle Fragen zu einer Umstrukturierung der griechischen Schulden sind verfehlt; das ist kein Thema“, sagte Jörg Asmussen, Staatssekretär im Finanzministerium am Rande der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds. Bundesbank-Präsident Axel Weber sagte: „Jedliche Diskussion um einen Austritt aus der Währungsunion ist vollkommene Utopie.“ Der Euro sei eine attraktive Gemeinschaft.

Nach Angaben des japanischen Finanzministers Naoto Kan haben die Finanzminister der Siebenergruppe der großen In-

dustriestaaten (G 7) bei einem informellen Abendessen am Donnerstag in Washington weitgehend nur über Griechenland gesprochen. Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen sagte, Griechenland sei auch ein globales Thema. Über die Entscheidung des Exekutivdirektoriums des IWF seien auch Länder wie die Vereinigten Staaten oder Kanada involviert. Der Fonds soll die Hilfen der Euro-Staaten mit eigenen Krediten begleiten.

Asmussen sagte, Griechenland müsse während der Verhandlungen darlegen, welche wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassungen für die Jahre 2011 und 2012 geplant seien, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten zu verbessern. Er schloss nicht aus, dass mit den gerade nach oben korrigierten Angaben zum griechischen Staatsdefizit der Regierung in Athen auch für dieses Jahr noch neue Bedingungen und Sparauflagen für eine Finanzhilfe auferlegt würden.

Auch die Kurse anderer finanzschwacher Euro-Länder wurden vom griechischen Hilferuf kaum beeinflusst. Die Ri-

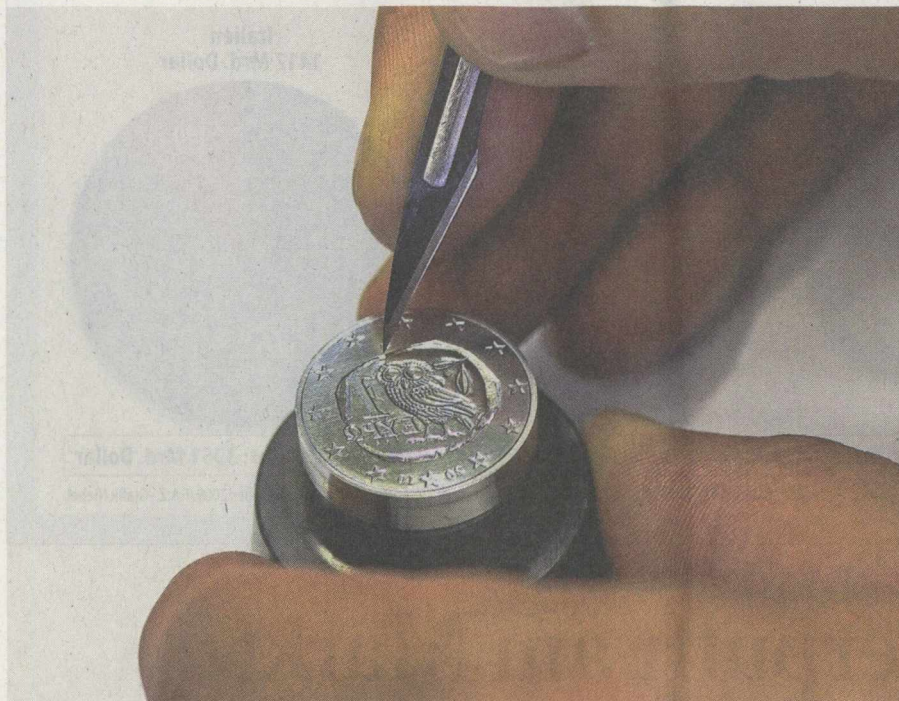
sikoaufschläge verharrten auf dem Vortagesniveau. Zehnjährige portugiesische und irische Staatsanleihen rentierten mit knapp 5 Prozent, italienische und spanische mit knapp 4 Prozent. Verhalten war auch die Kursreaktion der europäischen Bankenwerte. Die Banken wären von einer Ausweitung der Schuldenkrise unmittelbar betroffen, weil sie in den finanzschwachen Ländern Kredite vergeben und Anleihen gekauft haben. Allein die deutschen Banken halten Forderungen gegenüber privaten und öffentlichen Schuldnern in Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien im Wert von rund 700 Milliarden Dollar (umgerechnet 533 Milliarden Euro). Sollten die Risikoprämien für diese Länder dauerhaft um nur einen Prozentpunkt steigen, könnte das zu Wertverlusten in der Größenordnung von 25 Milliarden Euro führen. Auf Europas Bankensystem käme in einem solchen Szenario Einbußen von mehr als 100 Milliarden Euro zu. Umschuldungen könnten zu noch größeren Belastungen führen. (Deutschland zahlt am meisten, Seite 12)

„Umschuldung mit Abschlägen ist erforderlich“

Die EU-Finanzhilfe stößt unter Ökonomen auf Kritik, weil die Euro-Regeln verletzt werden. Umstritten ist, ob die Währungsunion langfristig zu halten ist.

ppl. FRANKFURT, 23. April. Die Finanzhilfe für das überschuldete Griechenland stößt auf Kritik von deutschen Ökonomen. Viele sehen darin einen Verstoß gegen das im Maastricht-Vertrag festgelegte Verbot der Haftungsübernahme für Schulden (No-Bailout-Klausel) eines Euro-Mitgliedstaates. „Das alles ist nicht gut für die Währungsunion, denn das Vertrauen in ihr Funktionieren muss zwangsläufig Schaden nehmen, wenn so offensichtlich die selbst gesetzten Regeln des No-Bailout umgangen werden“, sagt Christoph Schmidt, Mitglied im Sachverständigenrat und Präsident des RWI-Instituts in Essen. „Deutschland kommt aber um ein Mitmachen angesichts der drohenden Kollateralschäden einer griechischen Insolvenz kaum herum.“

Ähnlich kritisch äußert sich der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, Clemens Fuest. Es gebe aber „in der aktuellen Situation leider keine sinnvolle Alternative, weil die Politik sich bei der Gründung der Währungsunion trotz vieler Warnungen von Ökonomen auf solche Fälle nicht vorbereitet hat.“ Die von den EU-Staaten zugesagte Hilfe von zunächst 30 Milliarden Euro werde nicht ausreichen. Fuest fordert daher eine Umschuldung mit Abschlägen („Haircuts“) auf griechische Anleihen: „Ein ‚Haircut‘ wäre dringend erforderlich. Andernfalls werden die Steuerzahler nach der Bankenkrise nun zum zweiten Mal über den Tisch gezogen.“ Ein Schuldenschnitt sei prinzipiell möglich, sagt Fuest, der an der Universität Oxford lehrt. Damit stellt er sich gegen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble



Besser doch die Drachme? Griechenland wird zum europäischen Problem.

Foto dpa

(CDU), der einen solchen Schritt ausgeschlossen hat.

Hintergrund ist, dass ein Großteil der griechischen Staatsanleihen von europäischen Banken gehalten werden. Sie haben von den hohen Renditen profitiert, würden aber bei einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands hohe Verluste machen. RWI-Präsident Schmidt warnt, wenn länger öffentlich über eine Umschuldung mit Abschlägen diskutiert werde, vergrößere dies die Unsicherheit. Zudem könne die Krise auf andere hochdefizitäre Euro-Staaten übergreifen. „Was wird unter dem Eindruck einer solchen Maßnahme etwa mit den portugiesischen Schulden geschehen?“, fragt Schmidt.

Viele Ökonomen äußern die Sorge, dass die Milliardenhilfe den nächsten Akt der griechischen Tragödie programmiert.

„Die Anreizwirkungen der Hilfe lösen natürlich eine eigene Dynamik aus“, warnt Schmidt: „Nicht alle Schritte, die man ansonsten zur Sanierung der griechischen Staatsfinanzen unternommen hätte, werden wohl jetzt noch durchgeführt werden.“ Das könnte ein Signal an andere hochverschuldete Staaten senden, etwa Portugal und Spanien, ebenfalls um Hilfe zu bitten, was aber die Solidität der Währungsunion untergraben würde.

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, zweifelt daran, dass die Hilfe die gewünschte Wirkung haben wird. „Griechenland hat nicht nur ein Problem mit dem öffentlichen Defizit, sondern vor allem auch mit dem Außenhandelsdefizit, das riesige Dimensionen hat“, betont Sinn. „Internationale Investoren werden das nicht dauerhaft finanzieren, und EU-

Kredite werden auch nur temporär beschaffbar sein.“

Mit den EU-Milliarden wird zwar für eine Zeit der Schuldendruck geringer, der auf den Griechen lastet. Doch die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft erhöht sich damit noch nicht. Griechenland hat seit Mitte der neunziger Jahre stark steigende Leistungsbilanzdefizite. Das heißt, es hat stetig mehr importiert als exportiert. Von 2001, als Griechenland in die Währungsunion aufgenommen wurde, bis 2008 verdoppelte sich sein Leistungsbilanzdefizit von 7 auf 14 Prozent, 2009 betrug es noch 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Kein ein anderes entwickeltes Land hat so hohe Leistungsbilanzdefizite.

Ökonomen sehen darin eine grundlegende Wettbewerbsschwäche. Die Produkte der griechischen Wirtschaft sind auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Ein Hauptgrund dafür waren die hohen Lohnsteigerungen, die über der Produktivitätsentwicklung lagen. Um dies zu korrigieren, müssten die Griechen nun Preise und Löhne kräftig senken. Diese schmerzhafteste Therapie, prophezeit Ifo-Präsident Sinn, könnte das Land an den Rand eines Bürgerkriegs treiben. Auch der Tübinger Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty fürchtet, dass mit einer harten Sparpolitik die Rezession zu einer wirtschaftlichen Depression werde. Die Währungsunion sei akut gefährdet.

Clemens Fuest sieht zwei mögliche Ausgänge der Krise: Entweder kehre das Wirtschaftswachstum in Europa schnell genug zurück, so dass zumindest andere hoch verschuldete Staaten ihre Haushalte aus eigener Kraft sanieren. „Wenn Griechenland ein Einzelfall bleibt, wird sich sonst wenig ändern.“ Als zweites, deutlich schlechteres Szenario sei ein Rückfall in die Rezession in den hoch verschuldeten Ländern denkbar. „Dann wird es zu weiteren Schuldenkrisen kommen, und es besteht die Gefahr, dass die Währungsunion zerbricht“, warnt Fuest. Dies sei aber das unwahrscheinlichere Szenario.